

STADT STEIN
Amtsperiode 2020-2026



**Niederschrift über die öffentliche
72. Sitzung des Stadtrates**

Sitzungsdatum:	Dienstag, 29.07.2025
Beginn:	18:30 Uhr
Ende	21:04 Uhr
Ort:	Festsaal des Frauenwerks, Deutenbacher Str. 1 in Stein

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzende/r

Kurt Krömer 1. Bürgermeister

Mitglieder des Stadtrates

Robert Bauer Referent für Brandschutz

Uli Bauer Referent für Jugend

Dieter Collischon

Wolff Fülle

Bettina Hechtel Referentin für Landwirtschaft

Florian Hechtel

abwesend bei TOPs 15ö bis 18ö

Klaus Heckel Referent für Wirtschaft

abwesend bei TOP 1nö

Bernd Herrmann

Bertram Höfer 2. Bürgermeister

Verena Krömer

abwesend bei TOP 8ö

Klaus Lösel

Walter Nüßler Referent für Partnerschaften

Dietmar Oeder Referent für Umweltschutz

Armin Schläger

Edwin Schläger

Bernd Seeberger

Andreas Selz

Gabriele Stanin Referentin für Soziales

Norbert Stark

Hubert Strauss 3. Bürgermeister

Christian Weber

Jochen Ziegler

Schriftführer/in

Sandra Huber

von der Verwaltung

Patricia Ebenhöch
Sabrina Hesselbarth
Kathrin Kallert
Wolfgang Schaffrien
Bianca Urban

Gäste

Lukas Heinsch

Abwesende Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Lothar Kirsch Referent für Sport
Prof. Dr. Klaus Ulrich Schellberg

von der Verwaltung

Claudia Kopp

In der der Stadtratssitzung vorangehenden Bürgerfragestunde wurden folgende Themen angesprochen:

1. Grundsteuer
2. Kriminalitätsstatistik
3. Partnerschaftsjubiläum
4. Kommunalbetrieb Stein
5. Geoengineering
6. Verkehrsampel Faber-Castell/ Parkplatzsituation Alter Kirchplatz

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

TOP: Betreff:	Drucks.-Nr.
1 Städtebauliche Projekt Weiherberg, Beschluss über den Masterplan / Rahmenplan "Weiherberg" sowie über den Masterplan "Schul- und Sportcampus"	1321/2025
2 Haushaltsplan 2025 - Entwurf -	1323/2025
3 Haushaltsplan 2025, Stellenplan - Entwurf -	1324/2025
4 Haushaltsplan, incl. Stellenplan 2025	1325/2025
5 Haushaltsplan 2025, Finanz- und Investitionsplan	1327/2025
6 Haushaltssatzung 2025, Beschluss	1326/2025
6.1 Rede des Ersten Bürgermeisters	
6.2 Rede CSU - Stadtrat Norbert Stark	
6.3 Rede SBG - Stadträtin Verena Krömer	
6.4 Rede SPD/ Die Linke - Stadtrat Walter Nüßler	
6.5 Rede Bündnis 90 Die Grünen - Stadtrat Christian Weber	
6.6 Rede Freie Wähler - Stadträtin Gabriele Stanin	
6.7 Rede FDP- Wolff Fülle	
7 Betriebskostenförderung nach BayKiBiG – Faktor 4,5 + x für Kinder mit (drohender) Behinderung	1292/2025
8 Bauleitplanung der Stadt Stein, 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes Bebauungsplan Nr. 70 "Freiflächen-PV-Anlage am Brunnen 7 Brackerslo- he" in Gutzberg, Aufstellungsbeschluss	1320/2025
9 Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk- Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ge- mäß § 4 Abs. 1 BauGB, Informationen zum aktuellen Sachstand	1305/2025

- | | | |
|-----------|---|------------------|
| 10 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ohne Einwände | 1306/2025 |
| 11 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 4. Deutsche Telekom Technik GmbH, Stellungnahme BP vom 07.05.2025 | 1307/2025 |
| 12 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 5. Deutsche Funkturm, Stellungnahme vom 12.05.2025 | 1308/2025 |
| 13 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 10. Höhere Landesplanungsbehörde bei der Regierung von Mittelfranken, Stellungnahme BP und FNP vom 12.05.2025 | 1309/2025 |
| 14 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 16. Landratsamt Fürth, Stellungnahme BP und FNP vom 08.05.2025 | 1310/2025 |
| 15 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 17. Landratsamt Fürth, Gesundheitsamt, Stellungnahme vom 29.04.2025 | 1311/2025 |
| 16 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 19. Planungsverband Region Nürnberg, Stellungnahme vom 12.05.2025 | 1312/2025 |

- | | | |
|-------------|---|------------------|
| 17 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden,
21. Staatliches Bauamt Nürnberg, Stellungnahme BP und FNP vom 17.04.2025 | 1313/2025 |
| 18 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden,
26. Wasserwirtschaftsamt Nürnberg, Stellungnahme BP und FNP vom 12.05.2025 | 1314/2025 |
| 19 | Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Zusammenfassender Beschluss und Entwurfsbeschluss | 1315/2025 |
| 20 | Anträge, Anfragen, Bekanntgaben | |
| 20.1 | KiTa Funkelstein | |

BESCHLUSSPROTOKOLL

Folgende während der Sitzung aufgelegten Protokolle (§ 33 Abs. 4, GeschO) wurden gemäß Art. 54 Abs. 2 GO (Art. 55 Abs. 2 GO) genehmigt:

Gremium:	Sitzung am:	Sitzung Nr.:
STR	26.06.2025	70
STR	10.07.2025	71

Herr Stadtrat Stark stellt den Antrag Top 1ö abzusetzen.
Der Vorsitzende lässt das Gremium abstimmen.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 8 Nein 15 Anwesend 23 Befangen 0

ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP 1	Städtebauliche Projekt Weiherberg, Beschluss über den Masterplan / Rahmenplan "Weiherberg" sowie über den Masterplan "Schul- und Sportcampus"	1321/2025
--------------	--	------------------

Beschluss:

Der städtebauliche Entwurf / Rahmenplan / Masterplan zur Entwicklung des Weiherberg-Areals, Stand 10.07.2025 wird beschlossen.

Der Masterplan „Schul- und Sportcampus“, Stand 07.07.2025, wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 16 Nein 7 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 2	Haushaltsplan 2025 - Entwurf -	1323/2025
--------------	---------------------------------------	------------------

Beschluss:

Der Entwurf des geänderten Haushaltsplans für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen. Die beiliegende Änderungsliste zum Haushaltsplan 2025 wird zur Kenntnis genommen

mehrheitlich beschlossen

Ja 22 Nein 1 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 3	Haushaltsplan 2025, Stellenplan - Entwurf -	1324/2025
--------------	--	------------------

Der Vorsitzende stellt den in Anlage 1 angefügten Antrag dem Gremium zur Abstimmung.

mehrstimmig beschlossen

Ja 22 Nein 1 Anwesend 23 Befangen 0

Beschluss:

Der Entwurf des Stellenplanes für das Jahr 2025 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig beschlossen

Ja 23 Nein 0 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 4	Haushaltsplan, incl. Stellenplan 2025	1325/2025
--------------	--	------------------

Beschluss:

Der im Entwurf vom 15.07.2025 vorgelegte Haushaltsplan der Stadt Stein für das Jahr 2025, incl. Stellenplan, wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 16 Nein 7 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 5	Haushaltsplan 2025, Finanz- und Investitionsplan	1327/2025
--------------	---	------------------

Beschluss:

Das Investitionsprogramm der Stadt Stein für das Jahr 2025 wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 16 Nein 7 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 6	Haushaltssatzung 2025, Beschluss	1326/2025
--------------	---	------------------

Beschluss:

Die im Entwurf vom 16.07.2025 vorgelegte Haushaltssatzung der Stadt Stein für das Jahr 2025 wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 16 Nein 7 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 6.1	Rede des Ersten Bürgermeisters
----------------	---------------------------------------

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem heutigen Beschluss über den Haushalt 2025 schaffen wir die Grundlage für weitere Investitionen in unserer Stadt.

Leider haben sich seit der Verabschiedung des Haushaltes 2024 die Rahmenbedingungen für die Kommunen deutlich verändert. Viele Kommunen schaffen es nicht, einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen, so auch bei uns im Landkreis Fürth. Dies lesen wir fast wöchentlich in der Presse. Streichungen und Kürzungen sind notwendig und Haushaltssperren wurden erlassen. Diese Situation hatten wir auch vor ungefähr 10 Jahren bereits bei uns in der Stadt Stein. Jedoch rührte die damalige Situation aus einer Gewerbesteuerrückzahlung.

In diesem Jahr müssen wir feststellen, dass die Situation sich anders darstellt.

Die finanzielle Situation der Kommunen ist mehr als bescheiden. Die Kassen sind leer. Immer mehr Aufgaben und Auflagen müssen von den Kommunen erfüllt werden und gleichzeitig wird aber keine finanzielle Ausstattung durch den Freistaat Bayern oder den Bund geleistet. Dies zwingt die Kommunen zu bisher noch nie dagewesenen Schritten.

In einem sehr stringenten Prozess wurde der Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 von allen Sachbereichen und Abteilungen der Stadt Stein aufgestellt. Bereits im Vorfeld der Haushalts-Workshops wurden in mehreren Gesprächsrunden zwischen Bürgermeister und den einzelnen Abteilungen sowohl im Verwaltungshaushalt wie auch im Vermögenshaushalt umfangreiche Einsparungen vorgenommen:

So konnten bei den Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt ungefähr 2,7 Mio. Euro generiert werden, die zu einer Entlastung des Haushaltes beitragen. Dies entspricht einem Anteil in Höhe von rund 5,5 %. Ebenso konnten in den Gesprächsrunden die Ansätze im Vermögenshaushalt um ca. 1,6 Mio. Euro verändert werden, so dass die Kreditaufnahme deutlich reduziert werden konnte. Festzuhalten bleibt, dass die investiven Maßnahmen im Vermögenshaushalt lediglich auf die nachfolgenden Haushaltsjahre verschoben wurden, so dass sich der Investitionsstau in den folgenden Jahren noch vergrößern wird und nicht zu einem Werterhalt von Infrastruktureinrichtungen führt. Vor dieser Tatsache dürfen die Augen nicht verschlossen werden. Dies will ich an dieser Stelle nur erwähnen. So kann ich dem Vorwurf aus dem Stadtrat, der Bürgermeister hat keine Einsparungen vorgenommen, sondern nur die Einnahmen erhöht, getrost entgegentreten. Wir haben auch deutlich Ausgaben reduziert und das ganz erheblich. Deshalb weise ich den Vorwurf von Seiten der CSU-Fraktion, der Bürgermeister sorgt nur für Mehreinnahmen und von einer Kostenreduzierung sieht man nichts, auf das schärfste zurück. Denn dies entspricht nicht der Wahrheit, schließlich tragen die Veränderungen im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt von über 4,2 Millionen Euro dazu bei, dass wir heute einen Haushalt beschließen können, der keine genehmigungspflichtigen Bestandteile hat. Und da steht noch der Vorwurf im Raum, dass der Haushalt 2025 so spät beraten wurde. War es nicht auch die CSU-Fraktion, die einen Personal-, Finanz- und Organisationsausschuss einrichten wollte, der mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden sollte. Dass dieser Antrag dann von der Rechtsaufsicht als rechtswidrig angesehen wurde, da er in die gesetzlichen Zuständigkeiten des Bürgermeisters eingegriffen hatte, hat auch zu einer mehr als dreimonatigen Verzögerung der gesamten Haushaltsberatung geführt. Diese Zeitverzögerung hätten wir uns ersparen können, wäre man bei der Beratung dieses Antrags meinen damals vorgebrachten Einwendungen gefolgt. Aber zurück zum Haushalt.

Trotz dieser Einsparungen waren Kreditaufnahmen in Höhe von 2.403.150 € einzuplanen, um den Ausgleich herbeiführen zu können. Diese Kreditaufnahme ist uns nur möglich, da wir in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte realisiert und Investitionen getätigt haben, ohne dass wir hierfür Kredite in Anspruch nehmen mussten. Diese positive Situation der nicht in Anspruch genommenen Kredite aus den vergangenen Jahren verhilft uns nun in der angespannten Haushaltslage. Außerdem können wir aus unseren Rücklagen 2.500.000 € entnehmen, die zum Ausgleich des diesjährigen Haushaltes beitragen und können vom Verwaltungshaushalt 735.000 € in den Vermögenshaushalt überführen. Gleichzeitig tilgen wir noch 551.000 € an Schulden. Der Vermögenshaushalt wird insbesondere durch Investitionsmaßnahmen ausgeschöpft, zu denen wir verpflichtet sind. Diese ergeben sich überwiegend aus der Notwendigkeit des Brandschutzes von städtischen Gebäuden, der Erfüllung der Pflichtaufgabe zur Bereitstellung von ausreichenden Plätzen im Bereich der Kindertagesstätten und Hortbetreuung.

Der Verwaltungshaushalt ist weiterhin als angespannt zu sehen. Ein Grund dafür bildet die seit 2024 erheblich gestiegene Kreisumlage, die den Verwaltungshaushalt mit über 2,7 Mio. Euro zusätzlich belastet und nun bei 9,7 Mio. Euro liegt. Es bleibt abzuwarten, wie die Kreisgremien in den Folgejahren die einzelnen Landkreis-Projekte und die sich daraus ergebende Finanzsituation inkl. der Belastung der Landkreiskommunen durch eine noch höhere Kreisumlage beurteilen. Ich bin gespannt, wie sich die Haushaltsberatung des Landkreises Fürth für 2026 darstellt. Mit einer sogenannten Sparrunde von nicht einmal 1 Prozent des Gesamthaushaltes des Landkreises Fürth wie in 2025 kann es nicht weitergehen. Wir als Kommune können uns keine weitere Kreisumlagerhöhung leisten. Schließlich müssen wir auch unsere Pflichtaufgaben finanzieren, die uns der Bund aber auch der Freistaat Bayern in den vergangenen Jahren auferlegt hat und auch weiter auferlegen wird, ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung hierfür zu gewähren. Auch die 2025 abgeschlossene Tarifrunde im Öffentlichen Dienst belastet den städtischen Haushalt zusätzlich. Weiter steigen die Betriebskostenförderungen nach BayKiBiG um über 1 Mio. Euro auf jetzt 6,6 Mio. Euro, wobei der Zuschuss der Freistaat Bayern sich lediglich um 400.000 Euro auf 3,9 Mio. Euro erhöht, so dass die Stadt Stein rund 2,7 Mio. Euro aus eigenen Finanzmitteln an die Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen, vornehmlich in Stein, auszahlt, um deren Defizit entsprechend auszugleichen. Hier ist eine zwingende Erhöhung der Zuschüsse durch den Freistaat Bayern geboten. Da sich voraussichtlich die Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisungen und weitere Einnahmen des Verwaltungshaushalts nicht im gleichen Verhältnis steigern, bleibt abzuwarten, wie die von der neuen Bundesregierung angedachten Steuererleichterung der Wirtschaft im Rahmen des

Investitionsboosters und den darin enthaltenen höheren Abschreibungen für Unternehmen, die eine deutliche Auswirkung auf die gemeindliche Gewerbesteuer haben wird, bei uns als Kommune auswirkt. Der Ankündigung von Seiten der Bundesregierung, diese Gewerbesteuerausfälle von den Kommunen zu ersetzen, bin ich gespannt, ob dem auch so Rechnung getragen wird und wann wir das dringend benötigte Geld dann auch bekommen.

Ebenso bleibt noch offen, wie 100 Milliarden Euro für Investitionen von Ländern und Kommunen in moderne Infrastruktur, Bildung, Krankenhäuser und Digitalisierung verteilt werden. Grundsätzlich erfolgt die Verteilung der 100 Milliarden Euro, die zwischen Bund und Länder getroffenen Vereinbarung in Anlehnung an den Königsteiner Schlüssel. Investitionsmaßnahmen können finanziert werden, sofern sie nicht vor dem 1. Januar 2025 begonnen wurden. Maßnahmen können nach dem Gesetzentwurf bis Ende 2036 bewilligt werden. Nun bleibt abzuwarten, wie der Freistaat diese Mittel unbürokratisch an die Kommunen weiterleitet. Schließlich wissen wir am besten, welche Maßnahmen zwingend umgesetzt werden müssen. Kritik daran kam auch vom Deutschen Landkreistag. Er bemängelt, dass die ursprünglich klare Quote für die Aufteilung der 100 Milliarden Euro zwischen Ländern und Kommunen in der Kabinettsvorlage nicht mehr enthalten ist.

Zitat: "Damit bliebe das zentrale Signal aus, dass der größte Teil der Mittel dort ankommen soll, wo sie dringend gebraucht werden", so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages. Ursprünglich war eine Quote von 60 Prozent für die Kommunen geplant.

Aber lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren des Stadtrates, auf unseren Haushalt wieder blicken.

Die Lage ist nicht rosig – sie ist ernst. Aber ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam auch diese Lage meistern können und werden. Dies haben wir auch in vorangegangenen Jahren gemeinsam geschafft und ich setze voraus, dass wir alle, gemeinsam daran interessiert sind, dass wir unsere Stadt gemeinsam gestalten und nicht nur verwalten wollen. Und das, um was uns in den letzten Jahren andere Kommunen beneidet haben, dass ein gemeinsamer Wille dieses Gremiums die vielen Investitionen in der Stadt Stein vorangebracht und realisiert haben, diesen gemeinsamen Willen müssen wir auch in dieser nicht einfachen Situation wieder stärken. Nur so werden wir es schaffen, diese schwierige Zeit der flächendeckenden angespannten Haushaltslage der Kommunen zu überstehen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Stadtrates, für die Vorberatungen des Haushalts in den beiden Workshops. Ich bedanke mich aber auch bei allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern, Kolleginnen und Kollegen der Stadt Stein für die verantwortungsvolle Zuarbeit zu diesem Haushalt, die doch mit zahlreichen Einschnitten in den jeweiligen Fachbereichen verbunden waren. Mein besonderer Dank gilt unserer Kämmerin Frau Ebenhöch und Herrn Seitz und nicht zu vergessen unseren ehemaligen Kämmerer Herrn May, die gemeinsam unter diesen nicht einfachen Voraussetzungen diesen Haushalt erstellt haben. Und ich würde mich freuen, wenn wir den Haushalt 2025 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 52.571.650 € auch in diesem Jahr wieder einstimmig beschließen würden.

Ich danke Ihnen.

zur Kenntnis genommen

Wir stehen heute erneut vor einem Haushaltsbeschluss, der uns nicht zufriedenstellen kann – und auch nicht darf. Die Haushaltslage ist ernst, und es hilft niemandem, dies schönzureden.

Der Haushaltsplan 2025 ist für uns aus folgenden Gründen kein zukunftsweisender, solider Haushalt:

- 1) Der Haushalt 2025 kommt gerade so zur Deckung. Wir schaffen einen Haushaltsausgleich nur durch eine Kreditaufnahme von erneut 2,7 Mio. €. Aufnehmen können wir diese nur durch die Verpflichtungsermächtigungen aus dem letzten Jahr. Sonst wäre uns das so nicht genehmigt worden – also sonst wäre genehmigungspflichtig, es wäre uns eine Kreditaufnahme nicht genehmigt worden.
- 2) Wir sehen bei den Investitionen im Verwaltungshaushalt so manche Sanierungsmaßnahme, die in die Folgejahre verschoben wurde. Wir befürchten, dass uns das einholt.
- 3) Bei den vorgestellten „Sparmaßnahmen“ im Verwaltungshaushalt im Umfang von 2 Mio. € sind 1,5 Mio. erhöhte Gewerbesteuer zurückzuführen. Wir sehen diese Erhöhung nicht – die Erhöhung gegenüber dem Planansatzes des Vorjahres beträgt 350.000 €.
- 4) Die übrigen Sparmaßnahmen begrüßen wir grundsätzlich, sie bleiben aber relativ klein. Sie retten uns für das Jahr 2025, nicht für die weitere Zukunft.
- 5) Die Finanzplanung der Folgejahre ist für uns nicht akzeptabel. Wir werden demnach auch die Folgejahre nicht in der Lage sein, irgendwelche weiteren Investitionen zu tätigen. Wir haben auch die Grenze für die Schuldenaufnahme, die zu genehmigungsfähigen Haushalten führt, weitgehend erreicht.

Dieser Haushalt rettet uns über das Jahr 2025. Er ist aber nicht nachhaltig und nicht zukunftsweisend.

Es hilft auch nichts, wenn wir uns hinter den äußeren Umständen verstecken. Es ist sehr vordergründig, auf die Kreisumlage zu deuten: Der Landkreis hat seinen Haushalt auf Pflichtaufgaben konzentriert und die freiwilligen Leistungen auf ein Minimum heruntergefahren. Die Pflichtaufgaben des Landkreises: Jugend, Soziales, Schule, kommen letztlich auch Stein zugute. Wir dürfen daran erinnern, dass auch die Miete für die geplante Flüchtlingsunterkunft, die vom Landkreis kommen würde, bei uns im Haushalt mit eingeplant ist. Das ist eine Größe die dieses Jahr mit Sicherheit nicht mehr kommt. Bis Juli steht fest, dass keine Einnahmen eingegangen sind, trotzdem sind diese gesamten Mieten für das gesamte Jahr im Haushalt enthalten.

Die Schwierigkeiten werden vom Bürgermeister gerne mit der höheren Kreisumlage begründet. Diese ist in der Tat gegenüber 2024 gestiegen. Gleichzeitig sind die Schlüsselzuweisungen als auch der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer um 1,1 Mio. gestiegen.

Wir selbst tragen die Verantwortung für unsere finanzielle Schieflage – durch politische Entscheidungen, durch mangelnde Priorisierung, durch das wiederholte Verschieben unangenehmer Wahrheiten. Die CSU-Fraktion hat immer wieder auf Risiken hingewiesen, immer wieder wurden unsere Bedenken zerstreut mit dem Verweis, alles sei „finanzierbar“. Unser Vertrauen ist deshalb erschüttert.

Wir dürfen uns jetzt nicht durchwursteln, wir müssen unsere Stadtfinanzen systematisch durchdenken.

Wir fordern daher:

1. Eine kritische Überprüfung aller freiwilligen Leistungen. Was schafft tatsächlich einen Mehrwert für unsere Stadtgesellschaft? Was stärkt nachhaltig die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger? Welche Leistungen können auch Private bringen?
2. Eine echte Effizienzoffensive. Wie können Aufgaben anders oder ressourcenschonender erledigt werden? Wo ist mehr Subsidiarität und der Einsatz von Privaten möglich?
3. Eine strukturelle Neuaufstellung des Haushalts. Die CSU-Fraktion hat bereits 2024 eine Sparkommission gefordert, nachdem es ein Schreiben des Landratsamts gab, das Sparbemühungen angemahnt hat. Wir haben uns dann auch auf andere Wege, zu Einsparungen zu kommen, über einen Ausschuss, über Workshops, eingelassen. Wir haben immer

wieder Vorschläge gemacht, wie wir zu einem solideren Haushalt kommen können. Bisher haben wir hier keine Bereitschaft der Verwaltung und des Bürgermeisters gesehen.

4.

Ein weiteres Problem ist der Zeitpunkt der Haushaltsvorlage. Ein Haushaltsentwurf im Juli verhindert ernsthafte Gestaltungsdebatten. Andere Kommunen schaffen es, ihre Haushalte zum Jahreswechsel oder im ersten Quartal aufzustellen – warum gelingt uns das nicht? Es ist natürlich auch einfacher in diesem halben Jahr/ 7 Monaten einfach weiter zu wirtschaften auch mit freiwilligen Leistungen, als wenn der Haushalt schon in trockenen Tüchern wäre. Das kann aus unserer Sicht nicht sein.

Wir können und werden einem solchen Haushalt nicht zustimmen. Nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung. Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, die die Schulden, die wir jetzt machen, tragen müssen. Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, denen wir auch morgen noch eine handlungsfähige Stadt bieten wollen und die das ja auch alles bezahlen sollen.

zur Kenntnis genommen

TOP 6.3 Rede SBG - Stadträtin Verena Krömer

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,
liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,

wir stehen heute am Ende einer intensiven und zugleich herausfordernden Haushaltsberatung – in einer Zeit, in der Kommunen im ganzen Land unter enormem finanziellem Druck stehen. Auch unsere Stadt ist davon betroffen.

Doch bevor ich auf die übergeordneten Entwicklungen eingehe, möchte ich zunächst eines deutlich sagen:

Es ist eine bemerkenswerte Leistung, dass unsere Verwaltung es geschafft hat, Einsparungen in Höhe von 4,312 Millionen Euro im Gesamthaushalt vorzunehmen.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Dahinter steckt viel Arbeit, sorgfältiges Abwägen – und, was uns besonders wichtig ist, eine spürbare Verantwortung bei den Mitarbeitenden der Stadt Stein. Schon vor Beginn der Haushaltsberatungen wurden Projekte gestrichen, Ansätze gekürzt und Maßnahmen bewusst auf Folgejahre verschoben – nicht nur, um Zahlen zu verbessern, sondern um den Ernst der Lage aktiv mitzutragen.

Dabei möchten wir klar betonen: **Es darf nicht nur bei den Mitarbeitenden gespart werden.** Eine faire Lastenverteilung und der Erhalt wichtiger Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger müssen unser Ziel bleiben. Gerade deshalb verdient der verantwortungsvolle Umgang der Verwaltung mit dem Haushalt unser ausdrückliches Lob.

Trotz dieser Anstrengungen gilt: Die Haushaltslage ist angespannt – und das ist kein rein lokales Problem.

In Bayern liegt das Defizit der Kommunen nach den ersten drei Quartalen 2024 bei rund sechs Milliarden Euro. Bundesweit bewerten laut Städtetag 95 % der Städte ihre Perspektive als schlecht oder sehr schlecht.

Die Ursachen sind bekannt: Sozial- und Personalausgaben steigen stark an, während die Einnahmen stagnieren. Gleichzeitig werden uns von Bund und Land immer neue Aufgaben übertragen – oft ohne ausreichende Finanzierung.

Die Konsequenz: Wir müssen sparen. Und zwar dort, wo es besonders weh tut – bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“: Sport, Kultur, Betreuung, Klimaschutz.

Doch gerade diese Angebote machen das Leben in einer Stadt lebenswert. Eine Stadt ist nicht nur ein Ort zum Schlafen – sie ist ein Ort zum Leben. Und Leben bedeutet Begegnung, Bewegung, Teilhabe und Perspektive – für Jung und Alt.

Wir haben es in den letzten Jahren geschafft, aus dem vielzitierten Dornröschenschlaf herauszukommen. Unsere Stadt hat sich entwickelt – mit Angeboten, die Menschen verbinden, die Teilhabe ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Natürlich muss dabei auch in Zukunft immer ein Auge auf die Finanzen gerichtet sein.

Doch es darf nicht sein, dass gerade die Angebote, die das Leben in unserer Stadt bereichern und das Miteinander fördern, schrittweise gestrichen werden.

Wir wollen auch künftig eine Stadt sein, in der man nicht nur wohnt, sondern gerne lebt.

Die Wahrheit ist: Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr, wenn wir strukturell unterfinanziert bleiben.

Wir brauchen eine ehrliche Debatte über die finanzielle Ausstattung der Kommunen. Wir brauchen endlich aufgabengerechte Mittel. Und wir brauchen politische Entscheidungen, die uns wieder echte Handlungsfähigkeit ermöglichen – nicht nur Pflichten ohne Mittel.

Diesen Wunsch richten wir besonders an die Parteien, die über ihre gewählten Vertreter einen direkten Draht in den Kreistag, den Landtag und den Bundestag haben.

Sie sind gefordert, nicht nur hier vor Ort schwierige Entscheidungen mitzutragen, sondern auch den nötigen Druck nach oben weiterzugeben – damit die Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen wir als Kommune unsere Aufgaben künftig wieder zuverlässig erfüllen können.

Gleichzeitig sagen wir ganz klar: Die Steiner Bürger-Gemeinschaft ist bereit, weiterhin mit aller Kraft an einem ausgeglichenen Haushalt mitzuarbeiten.

Unser Ziel ist es, für die Stadtgesellschaft – für Vereine, Kultur, soziale Strukturen – so viel wie möglich aufrecht zu erhalten. Wir wollen notwendige Einsparungen ermöglichen, **ohne alle zukunftsorientierten Projekte auf Eis zu legen**. Denn wir dürfen nicht nur an das Jetzt denken – **wir müssen auch die Zukunft fest im Blick behalten – in jeder Hinsicht.**

In diesem Sinne danken wir allen Beteiligten für die konstruktiven Beratungen, insbesondere der Verwaltung und unserer Kämmerin für die intensive Begleitung – im Vorfeld wie auch während der Workshops.

Dieser Haushalt ist ein Zeichen der Verantwortung – und zugleich ein Appell an die übergeordneten Ebenen, ihrer Verantwortung ebenfalls gerecht zu werden.

Vielen Dank.

zur Kenntnis genommen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

wir haben heute etwas erlebt – ich habe darüber nachgedacht, ich sitze jetzt bald 30 Jahre in dem Gremium – ich könnte mich nicht daran erinnern, dass eine komplette Fraktion gegen eine Haushaltssatzung gestimmt hat. Das sind Dinge, die mir wohl offenbar noch gefehlt haben.

Vor ca. vier Jahren haben wir eine neue Kämmerin bekommen, die Vorgängerin von Frau Ebenhöch. Die haben wir eingestellt, dann hat sie sich die Haushaltsdaten grob angeschaut und in einer der ersten Sitzungen hat sie uns berichtet, sie hat sich noch nicht komplett einarbeiten können, aber sie hat sich einen Überblick verschaffen können und uns würden pro Haushaltsjahr 4 Mio. Euro zur Verfügung stehen, die wir investiv nutzen können. Das ist noch nicht mal vier Jahre her. Unser heutiger Haushalt zeigt wenig Investitionen, wir mussten einige verschieben – von den 4 Mio. ist nichts mehr übrig. Und das sollen wir selber verschuldet haben? – Nein, haben wir nicht. Es ist schlicht und ergreifend so, dass die Kreisumlage in diesen Jahren extrem gestiegen ist und zwar nicht einmal, sondern mehrfach hintereinander. Es sind erhebliche Entgelterhöhungen für unsere Mitarbeiter angefallen und jetzt bitte nicht mich falsch verstehen, ich neide hier niemandem das Geld, für gute Arbeit ist auch gutes Geld zu zahlen, es geht nur darum, dass wir den Ausgleich nicht mehr wahren. Das ist unser kommunales Problem. Wir bekommen mehr und mehr Aufgaben übertragen, auch gerade im Pflichtaufgaben- und sozialen Bereich, ohne eine hinreichende Finanz Ausstattung zu erfahren. Da lasse ich mir nicht sagen, dass das selbstverschuldet wäre. Es ist interessant, wenn Kollegen behaupten, wir hätten es selbstverschuldet und dann noch behaupten, sie hätten irgendwelche Vorschläge gemacht – da frag ich mich welche – für mich ist es kein Vorschlag, wenn ich fünf Jahre an den Unterdeckungen unseres Kinderhauses hin stänkere, aber nicht einmal positiv sage, was ich vielleicht ändern könnte. Es ist nämlich kein Vorschlag, es ist andernfalls Kritik und die eher substanzlos.

Die Überprüfung aller freiwilligen Leistungen und die Streichungen dann werden wir eine sozial verarmte Gebietskörperschaft. Wir müssen, und da bin ich jetzt wieder bei euch, strukturell mit unseren Problemen auseinandersetzen und nur einen kleinen Teil davon können wir auf dieser Ebene lösen, auf der wir arbeiten. Aber dann müssen wir auch, wie du gesagt hast Norbert, mal ernsthafte Debatten führen. Waren denn unsere beiden Workshops ernsthafte Debatten? Das war das Chaos schlechthin – mal der, mal der, des Thema, des Thema, keins ist ausdiskutiert worden. So kann man nicht weiterarbeiten.

Und jetzt quasi zum Abschluss greif ich die Worte des Bürgermeisters noch mal auf. Ich weiß schon, wir haben im nächsten März Wahlkampf, aber wenn es uns gelingt den Karren aus dem Dreck zu ziehen, dann gemeinsam und da hat jeder seine Mitverantwortung. Ich sehe hier einige Kollegen aus allen Fraktionen, die seit mehr als einem Jahrzehnt und noch deutlich länger in diesem Stadtrat sitzen, und wir alle haben die verdammte Verantwortung gemeinsam für die Stadt den Karren aus dem Dreck zu ziehen und nicht gegenseitig mit Dreck auf uns werfen. Der ist schuld, der ist schuld. Das bringt uns nicht weiter. Entschuldigung.

Jetzt zum Abschluss möchte ich mich bei den Kollegen bedanken. Heuer, ich habe es bereits gesagt mit kleinen Einschränkungen, aber trotzdem war die Zusammenarbeit ganz gut, vielen Dank an die Verwaltung und vielen Dank an unsere Stadtgesellschaft, an die vielen Ehrenamtlichen, die unsere Stadtgesellschaft wahren. Egal ob es in den Sportvereinen ist, in BKR, in der Feuerwehr, in der Kultur, in Partnerschaftsvereinen – herzlichen Dank dafür. Und jetzt noch eine ganz kleine Anmerkung als Partnerschaftsreferent: Wir diskutieren unglücklicherweise das Partnerschaftsjubiläum in der Öffentlichkeit unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das ist per se an sich schon ärmlich, das tut mir leid, aber wenn man dann nicht die Größe hat zu sagen, dass man am 17. Januar, denn am 16. Januar sind sie raus, das „Save the date“ bekommen hat und erst danach den Antrag gestellt hat in der Februarsitzung, dass man die Veranstaltung vielleicht streicht, das gehört zur Wahrheit dazu. Wir hätten uns vor unseren Partnerschaften, vor unseren Partnerkommunen, bis auf die Knochen blamiert, wenn wir im Januar „Save the date“ rausgeben und dann im März/ April, auch wenn es schnell beraten worden wäre, unseren Freunden aus Polen, aus Kroatien und aus Frankreich und aus Sachsen, also auch etwas Ausland, schreiben hätten müssen: Tut mir leid, war Spaß, wir haben uns geirrt. Wir können es nicht bezahlen. Zum Glück ist uns das erspart geblieben.

zur Kenntnis genommen

TOP 6.5 Rede Bündnis 90 Die Grünen - Stadtrat Christian Weber

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch nach den vorgenommenen Einnahmeerhöhungen, Ausgabenkürzungen und Einsparungen muss man beim Betrachten des Haushalts der Stadt leider zu einem ernüchternden Fazit gelangen:

Der Verwaltungshaushalt erwirtschaftet im Wesentlichen genug Überschuss um die Zinsen und Tilgungen der vorhandenen Kredite zu bedienen und der Vermögenshaushalt lebt von den Kreditermächtigungen der Vergangenheit.

Damit ist dieser Haushalt zwar nicht genehmigungspflichtig, aber ein nachhaltiger, strukturell gesunder Haushalt sieht leider anders aus.

Aus unserer Sicht ist es daher die wichtigste Aufgabe des Stadtrates und der Verwaltung Wege zu finden, die Ausgaben im Verwaltungshaushalt weiter zu senken.

Dazu werden wir uns auch an Themen herantrauen müssen, die in den Beratungen dieses Jahr zu wenig diskutiert wurden:

Da geht es zum einen um politische Entscheidungen: wie viel Geld wollen – und können – wir weiterhin für welche freiwilligen Aufgaben ausgeben: Veranstaltungen und Bürgerservices – von der Kärwa über die VHS bis hin zur Gartenabfallannahme.

Zum anderen geht es dabei auch um unsere Verwaltung – diese ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und wir müssen Wege finden, die vielen Aufgaben, die eine Kommune erfüllen muss, effizienter zu erledigen.

Im Vermögenshaushalt ist eine klare Priorisierung der Vorhaben notwendig. Wir begrüßen es sehr, dass auf unseren Vorschlag hin der Umbau der alten Sparkassenfiliale zu einem repräsentativen Sitzungssaal doch noch aus dem Haushalt 2025 gestrichen wurde. Unserer Meinung nach, sollte dieser Umbau aber auch in den kommenden Jahren nicht erfolgen: Kinderbetreuung, Schule, Sportanlagen, Infrastruktur, Klimaanpassung – es gibt so viele Themen, die wichtiger und dringender sind.

Im vergangenen Jahr haben wir leider viel zu viel über Sparkommissionen und -ausschüsse diskutiert und viel zu wenig über tatsächliche Ausgaben.

Wir hoffen, dass dies trotz der anstehenden Kommunalwahl in den vor uns liegenden Monaten bis zum nächsten Haushalt anders werden wird.

Vielen Dank.

zur Kenntnis genommen

TOP 6.6	Rede Freie Wähler - Stadträtin Gabriele Stanin
----------------	---

Ich könnte jetzt alles und vieles wiederholen. Das tue ich aber nicht, ich fasse mich kurz. Die Zeit, in der wir leben, ist nicht einfach. Das erfahren wir täglich aus den Medien, aus Nachrichtensendungen usw. und die Verschuldung der Kommunen wächst und genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen ist in dieser Zeit auch nicht einfach. So ist es auch bei uns in der Kommune. Wir haben zum Beispiel Gebühren und die Grundsteuer erhöht um unsere Einnahmen zu verbessern. Dies ist aber nicht der einzige Weg um die Verschuldung unsere Kommune im Auge zu behalten. Wir können nicht nur unsere Bürger belasten. Wir müssen auch bei unseren Ausgaben sparen und deshalb haben wir unseren Haushalt geprüft und haben einige Projekte gestrichen oder auf spätere Jahre verschoben. Dies müssen wir auch in den nächsten Jahren gemeinsam tun, denn wir wollen schließlich unsere Pflichtaufgaben erfüllen und Horte, Schulen und Kindertagesstätten und vieles mehr fördern.

Ich habe eine Forderung und zwar an das Land Bayern: dass die vom Bund zugesagten Fördermittel für Kommunen gerecht und zeitnah nach unten verteilt werden. Das wäre sehr schön, weil das würde den Kommunen nämlich weiterhelfen.

Zum Schluss möchte ich mich bei der Verwaltung bedanken, bei den Kolleginnen und Kollegen und natürlich auch bei allen Bürgern, die im Ehrenamt arbeiten. Danke.

zur Kenntnis genommen

TOP 6.7	Rede FDP- Wolff Fülle
----------------	------------------------------

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Verwaltungsmitglieder,

vielen Dank dafür, dass Sie den Haushalt so zusammengestellt haben. Ich schätze mal, dass da sicherlich ein Arbeitsjahr an Arbeit drinsteckt um so einen Haushalt aufzustellen und dann über alle Positionen drüber geht und schaut wer da alles mitgearbeitet hat.

Ich mache es ganz kurz. Ich berichte jetzt von meinen Erfahrungen. Das war meine erste Haushaltsverhandlung, die ich miterlebt habe. Teilweise ist es sehr kompliziert sich in die Positionen einzudenken und im Einzelnen auch zu verstehen. Ich habe auch gelernt, dass es anders ist, als es in der Öffentlichkeit gesehen wird. In der Öffentlichkeit meint man, man geht kurz her und spart hier eine Million, zwei Millionen ein beim Haushalt – das geht nicht, habe ich gelernt. Jede einzelne Position hat seine Berechtigung, das haben wir heute bei der Stelle beim Personalamt gesehen, das sieht man bei den Stellen im Kindergarten usw. Wir müssen mit dem Haushalt die Funktionsfähigkeit unserer Verwaltung erhalten und wir brauchen Ausgewogenheit in unserer Gesellschaft. Da gehören kulturelle Veranstaltungen dazu. Herr Krömer ich gebe Ihnen völlig Recht, Sie haben es da ganz toll gesagt, dass lebenswert in unsere Stadt bedeutet – ich sehe das genauso.

Ich sehe aber auch, Sie erinnern sich, ich habe Ende letzten Jahres gegen die Sparkommission gestimmt und ganz ehrlich ich habe in den Workshops was Ähnliches erlebt, war kein durchschlagender Erfolg, ich sehe das genauso. Aus meiner Sicht brauchen wir dauerhaft das Bestreben nach Einsparungen und wir müssen kontinuierlich unsere Einsparziele hier in unserem Gremium weiterverfolgen, Investitionen immer im laufenden Betriebes des Stadtrates auf den Prüfstand stellen. Wenn ihr so kürzt eine Sparkommission ins Leben rufen oder einen Workshop wird nicht zum Erfolg.

Danke.

zur Kenntnis genommen

TOP 7	Betriebskostenförderung nach BayKiBiG – Faktor 4,5 + x für Kinder mit (drohender) Behinderung
--------------	--

1292/2025

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den erhöhten Gewichtungsfaktor 4,5 + x für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder nicht zu gewähren.

mehrheitlich beschlossen

Ja 22 Nein 1 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 8	Bauleitplanung der Stadt Stein, 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und Land- schaftsplanes Bebauungsplan Nr. 70 "Freiflächen-PV-Anlage am Brunnen 7 Brackerslohe" in Gutzberg, Aufstellungsbeschluss	1320/2025
--------------	---	------------------

Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 70 „Freiflächen-PV-Anlage am Brunnen 7 Brackerslohe“ wird gemäß § 2 Abs. 1 i. V. mit § 1 Abs. 3 BauGB aufgestellt.

Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 8 Abs. 3 BauGB parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes geändert (21., qualifizierte Änderung).

einstimmig beschlossen

Ja 22 Nein 0 Anwesend 22 Befangen 0

TOP 9	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauen- werk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächen- nutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Informationen zum aktuellen Sachstand	1305/2025
--------------	--	------------------

zur Kenntnis genommen

TOP 10	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauen- werk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächen- nutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ohne Einwände	1306/2025
---------------	---	------------------

zur Kenntnis genommen

TOP 11	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauen- werk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächen- nutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 4. Deutsche Telekom Technik GmbH, Stellungnahme BP vom 07.05.2025	1307/2025
---------------	--	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 4 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 23 Nein 0 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 12	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 5. Deutsche Funkturm, Stellungnahme vom 12.05.2025	1308/2025
---------------	---	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 5 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 23 Nein 0 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 13	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 10. Höhere Landesplanungsbehörde bei der Regierung von Mittelfranken, Stellungnahme BP und FNP vom 12.05.2025	1309/2025
---------------	--	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 10 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 23 Nein 0 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 14	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 16. Landratsamt Fürth, Stellungnahme BP und FNP vom 08.05.2025	1310/2025
---------------	---	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 16 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 23 Nein 0 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 15	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 17. Landratsamt Fürth, Gesundheitsamt, Stellungnahme vom 29.04.2025	1311/2025
---------------	--	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 17 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 22 Nein 0 Anwesend 22 Befangen 0

TOP 16	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 19. Planungsverband Region Nürnberg, Stellungnahme vom 12.05.2025	1312/2025
---------------	--	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 19 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 22 Nein 0 Anwesend 22 Befangen 0

TOP 17	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 21. Staatliches Bauamt Nürnberg, Stellungnahme BP und FNP vom 17.04.2025	1313/2025
---------------	---	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 21 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 22 Nein 0 Anwesend 22 Befangen 0

TOP 18	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Einwänden, 26. Wasserwirtschaftsamt Nürnberg, Stellungnahme BP und FNP vom 12.05.2025	1314/2025
---------------	--	------------------

Beschlussvorschlag:

Der Abwägungsvorschlag lfd. Nr. 26 wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 22 Nein 0 Anwesend 22 Befangen 0

TOP 19	Bebauungsplan Nr. 54 "Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal" und 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes, Zusammenfassender Beschluss und Entwurfsbeschluss	1315/2025
---------------	--	------------------

Beschlussvorschlag:

Die Änderungen auf Grund der Abwägung sind in den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 54 „Bildungs- und Kulturcampus im Frauenwerk-Areal“ und die 16., qualifizierte Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die in die dazugehörigen Begründungen einzuarbeiten.

Der Entwurf des Bebauungsplanes wird gebilligt.

Der Entwurf der 16., qualifizierten Änderung des Flächennutzungsplanes wird gebilligt.

Eine Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden bzw. der Träger der öffentlichen Belange wird gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

einstimmig beschlossen

Ja 23 Nein 0 Anwesend 23 Befangen 0

TOP 20	Anträge, Anfragen, Bekanntgaben
---------------	--

TOP 20.1	KiTa Funkelstein
-----------------	-------------------------

Herr Stadtrat Oeder erkundigt sich, wann das Areal der ehemaligen KiTa Funkelstein renaturiert wird. Herr Stadtbauamtsleiter Schaffrien erklärt, dass es geplant ist zum Jahresende teilweise wieder zu entfernen. Der rückwärtige Teil wird als landwirtschaftliche Nutzfläche generiert, der vordere Teil soll aufgrund der aktuellen Haushaltssituation nicht zurückgebaut werden.

zur Kenntnis genommen

Kurt Krömer
1. Bürgermeister

Sandra Huber
Schriftführer/in



Stein, 22.07.2025

An die Stadt Stein
Herrn Ersten Bürgermeister
Kurt Krömer
Hauptstraße 56
90547 Stein

Stellenplan 2025 – Fragen und Antrag

Einstellung einer weiteren Erzieherin im Kinderhaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am Dienstag den 23.06.2025 ist uns - dem Stadtrat der Stadt Stein - der Stellenplan 2025 übergeben worden, dies verbunden mit der Aussage, dass es zu keinen Stellenmehrungen kommt bzw. im Stellenplan vorgesehen sind. Im Workshop am 01.07.2025 hat die Leiterin unseres Kinderhauses die Notwendigkeit der Einstellung einer weiteren Erzieherin erläutert.

Hierzu ist unsererseits im Hinblick auf die Sitzung des Stadtrats am 29.07.2025 Folgendes auszuführen bzw. zu hinterfragen.

I.

In Bezug auf den Stellenplan sind noch folgende Fragen zu klären und unten stehender Antrag zu stellen.

1.

Bei nochmaligem Studium der Erläuterungen zum Stellenplan sind wir auf folgende Ausführungen gestoßen:

„Eine Planstelle ist im Personalamt in EG 9a TVöD für die Bezügeabrechnung bzw. Sachbearbeitung ist nach wie vor noch unbesetzt. neu zu schaffen.“

Unabhängig von der Tatsache, dass dieser Satz grammatikalisch fehlerhaft ist, muss seine Aussage als unklar qualifiziert werden – was nun: ist eine neue Stelle zu schaffen oder handelt es sich um eine bereits Bestehende, welche nicht besetzt ist?

Nachdem wir die Stellen im Personalamt mit dem Stellenplan 2024 abgeglichen haben, gehen wir aktuell davon aus, dass eine 2024 geschaffene Stelle bis heute unbesetzt ist.

Unabhängig von der Frage, wann die Stellen geschaffen wurden, bleibt festzuhalten, dass das Personalamt noch 2016 – unter der damaligen Leiterin Claudia Kopp – erfolgreich mit einer Beamtin und zwei Beschäftigten (erinnerlich teilweise in Teilzeit) gearbeitet hat.

Eine Verdoppelung der Stellen innerhalb von 4 Jahren – auch 2021 waren im Stellenplan für das Personalamt 3 Stellen ausgewiesen – erschließt sich nicht.

Wir stellen demnach zum TOP 2 öffentlich der Stadtratssitzung am 29.07.2025 folgenden

Antrag:

Der Stellenplan 2025 wird abgeändert, die 2024 neu geschaffene Stelle für Bezügeabrechnung/Sachbearbeitung im Personalamt in EG 9a TVöD - bislang unbesetzt - wird gestrichen.

Gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel kann und muss von den einzelnen Abteilungen der Verwaltung verlangt werden, effizient zu arbeiten und die Personalkosten der eigenen Abteilung im Auge zu behalten. Dies scheint uns im Personalamt – im Hinblick auf den oben dargestellten Aufwuchs von Stellen - nicht uneingeschränkt der Fall zu sein.

Vielleicht erscheint es ratsam, die unter der Haushaltsstelle 0.0221.6554 eingestellten Mittel, also die vorgesehene „Orgaprüfung“ nicht vorrangig auf die Finanzverwaltung zu fokussieren, sondern auch und gerade auf diese Abteilung zu erstrecken.

II.

Im Rahmen des Workshops am 01.07.2025 hat die Leiterin unseres Kinderhauses am Pfarrweg ihre Argumente bezüglich der Notwendigkeit der Einstellung einer weiteren Erzieherin dargestellt.

Ehrlich gesagt sind wir von diesen nicht wirklich überzeugt, letztlich wurde pädagogischen Zweitkräften per se die notwendige Empathie und Kommunikationsfähigkeit im Rahmen des Umgangs mit den Eltern abgesprochen.

Zwischenzeitlich mit anderen Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen geführte Gespräche legen es nahe den grundsätzlichen Bedarf zu hinterfragen. Es wurde konkret mitgeteilt, dass die Buchungszahlen im Bereich der Kinderrippen stark rückläufig sind.

Wir bitten daher um Erteilung folgender Informationen in der Stadtratssitzung am 29.07.2025:

- Aktuelle Buchungszeiten im Kinderhaus aufgeschlüsselt nach Kinderrippe und Kindergarten,
- sich hier ergebender Anstellungsschlüssel und
- Angabe der Fachkraftquote (die neue Stelle bereits berücksichtigend).

Wir sind uns bewusst, dass bei ausreichend hohen Buchungszahlen der Bedarf einer weiteren Stelle ab September gegeben ist und demnach die hier angestoßene Diskussion „zur Unzeit“ erfolgt. Dennoch meinen wir, dass eine solche notwendig ist und bei gehöriger Vorbereitung, also hinreichender Beantwortung der oben aufgeworfenen Fragen in der Sitzung abgeschlossen werden kann.

*Christian
Weber*
Bündnis '90/
Die Grünen

Walter Nüßler
SPD/
DIE LINKE

*Gabriele
Stanin*
Freie Wähler